

ANTRAG ZUR TEILNAHME AN DER AUSSCHREIBUNG UND ENTSPRECHENDE ERKLÄRUNGEN

**An die Galleria di Base del Brennero
Brenner Basistunnel BBT SE**

Gegenstand des Auftrages: AP129 – Überprüfung der eisenbahntechnischen Interoperabilität gemäß den europäischen Normen

Der Unterfertigte _____
 geboren am _____ in _____
 als (Inhaber, gesetzlicher Vertreter, Prokurist, Sonstiges)¹ _____
 des Büros/Gesellschaft /Konsortiums _____
 mit Sitz in _____
 Straße _____ PLZ _____
 Steuernr. _____
 Mehrwertsteuernr. _____
 Tätigkeitscode _____

ERSUCHT um Teilnahme am im Betreff angeführten offenen Verfahren

(durch Ankreuzen des zutreffenden Feldes die beabsichtigte Form der Teilnahme angeben)

- | | | |
|---|---|---|
| <input type="checkbox"/> - als Einzelunternehmen; | <input type="checkbox"/> - als zeitweilige Bietergemeinschaft | <input type="checkbox"/> - als federführendes Unternehmen
<input type="checkbox"/> - als Mitglied der Bietergemeinschaft |
|---|---|---|

**hierfür
WERDEN**

gemäß und kraft Art. 79, Abs. 5 quinquies des G.v.D. 163/2006 idgF folgende Daten angeben:

Zustellanschrift für Mitteilungen:

E-Mail-Adresse (oder zertifizierte E-Mail, die den Anforderungen gem. MD 2/11/2005 Amtsblatt Nr. 266 vom 15.11.2005 entspricht)

Faxnummer

GENEHMIGT

die Zusendung der in Art. 79, Abs. 5 des G.v.D. 163/2006 idgF angeführten Mitteilungen sowie sonstiger etwaiger Mitteilungen der BBT SE an die oben angeführte Faxnummer und verpflichtet sich, umgehend eine schriftliche Bestätigung über den Erhalt besagter Mitteilungen zu übermitteln (bei fehlender Faxnummer ist die BBT SE für eine verspätete oder nicht erfolgte Zustellung der Mitteilungen nicht verantwortlich);

ERKLÄRT

gemäß Art. 46 und 47 des D.P.R. Nr. 445 vom 28.12.2000, im Bewusstsein der von Artikel 76 des besagten D.P.R. vorgesehenen strafrechtlichen Folgen bei Falscherklärungen bzw. bei Erstellung oder Verwendung von falschen Unterlagen

1) dass er folgende Rechtsnatur hat:

(das zutreffende Feld ankreuzen)

- ☐ Freiberufler/Einzelunternehmer (Art. 34 Abs. 1 lit. a), G.v.D. 163/2006;
- ☐ Handelsgesellschaft (Art. 34, Abs. 1, lit. a), G.v.D. Nr. 163/2006);
- ☐ ständiges Konsortium (Art. 34, Abs. 1, lit. c), G.v.D. Nr. 163/2006);
- ☐ Mitglied eines ständigen Konsortiums, für die Leistungserbringung angeführt (Art. 36, G.v.D. Nr. 163/2006);
- ☐ Unternehmenskonsortium (Art. 34, Abs. 1, lit. e), G.v.D. Nr. 163/2006);
- ☐ EWIV (Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung) (Art. 34, Abs. 1, lit. f), G.v.D. Nr. 163/2006);
- ☐ in einem anderen EU-Staat ansässiger Wirtschaftsteilnehmer (Art. 34, Abs. 1, lit. f-bis), G.v.D. Nr. 163/2006);
- ☐ Sonstiges (die Rechtsform angeben) ;

2) **(nur im Fall einer zeitweiligen Bietergemeinschaft auszufüllen):**

2.a) dass sich die Bietergemeinschaft folgendermaßen zusammensetzen wird:

UNTERNEHMEN	LEISTUNG/EN, DIE ES AUSFÜHREN WIRD	BETEILIGUNGSANTEIL (%) AN DER BIETERGEMEINSCHAFT

2.b) (das zutreffende Feld ankreuzen)

☐ sich ab sofort zu verpflichten, im Falle einer Auftragserteilung dem angeführten federführenden Unternehmen durch eine entsprechende beglaubigte Privaturkunde eine kollektive Sondervollmacht mit Vertretungsbefugnis zu erteilen; **das federführende Unternehmen wird in der Folge den Vertrag im Namen und im Auftrag der Mitglieder der Bietergemeinschaft abschließen und einziger Ansprechpartner für die ausschreibende Stelle sein.**

oder alternativ

☐ die beglaubigte Privaturkunde oder eine beglaubigte Kopie derselben gemäß den im D.P.R. Nr. 445/2000 idgF vorgesehenen Modalitäten beizuschließen, mit der die Sondervollmacht mit Vertretungsbefugnis folgendem Unternehmen erteilt wurde: als federführendes Unternehmen, das **den Vertrag im Namen und im Auftrag der Mitglieder der Bietergemeinschaft abschließen und einziger Ansprechpartner für die ausschreibende Stelle sein wird;**

3) dass der Bieter

3.a) in die Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer wie folgt eingetragen ist:

Provinz, in der die Eintragung erfolgte:		Rechtsform der Gesellschaft/..:	
Eintragungsjahr:		Bestandsdauer der Gesellschaft/.....:	

Nummer und Datum der Eintragung ins Firmenbuch:	
Nummer und Datum der Eintragung ins Verzeichnis der Wirtschafts- und Verwaltungsdaten (R.E.A.):	
Gesellschaftszweck:	
etwaige Umgründungen/Fusionen/Spaltungen der Gesellschaft/... im Jahr vor der Veröffentlichung der Ausschreibung JA <input type="checkbox"/> NEIN <input type="checkbox"/> falls Ja sind folgende Daten anzugeben: a) Datum der Umgründung/Fusion/Spaltung _____ a) Art (Umgründung/Fusion/Spaltung) _____	
Gesellschafter, technische Leiter, gesetzliche Vertreter, sonstige Personen mit Vertretungsbefugnissen, auch wenn diese im Jahr vor der Veröffentlichung der Ausschreibung ihr Amt zurückgelegt haben (zwecks Überprüfung der Erfüllung der Anforderung gem. Art. 38 Absatz 1 lit. c des G.v.D. 163/2006). Anm. Es sind auch jene Personen anzuführen, die aufgrund einer Umgründung/Fusion/Spaltung der Gesellschaft im selben Jahr ihr Amt zurückgelegt haben	
<i>Nachname und Name</i>	<i>geboren in</i>

3.b) (nur für nicht in Italien ansässige Gesellschaften)

dass die Gesellschaft mit der Nr. _____ im Berufs- oder Handelsregister _____ von _____ seit _____ des Staates _____ Gesellschaftszweck _____ eingetragen ist

und dass folgende Personen die Funktion der gesetzlichen Vertretung wahrnehmen: **(Name, Nachname, Geburtsdatum und -ort, Funktion und Ablauf derselben angeben; dies gilt auch für jene Personen, die ihr Amt im Jahr vor der Veröffentlichung der Ausschreibung zurückgelegt haben):**

4) (nur für dauerhafte Konsortien) (das zutreffende Feld ankreuzen):

☐ für folgende am Konsortium beteiligte Unternehmen an der Ausschreibung teilzunehmen (Bezeichnung und Rechtssitz jedes einzelnen Unternehmens anführen)

oder alternativ

☐ für kein am Konsortium beteiligtes Unternehmen an der Ausschreibung teilzunehmen und die Arbeiten direkt mit dem eigenen Unternehmen durchführen zu wollen;

5) (das zutreffende Feld ankreuzen)

☐ sich zu verpflichten, sämtliche auftragsgegenständlichen Leistungen selbst durchzuführen;

oder alternativ

☐ zu beabsichtigen, innerhalb der laut Art. 118 des G.v.D. 163/2006 zulässigen Grenzen folgende auftragsgegenständlichen Leistungen weiterzugeben (angeben, um welche es sich hierbei handelt):

ERKLÄRT weiters

gemäß Art. 46 und 47 des D.P.R. Nr. 445 vom 28.12.2000, im Bewusstsein der von Artikel 76 des besagten D.P.R. vorgesehenen strafrechtlichen Folgen bei Falscherklärungen bzw. bei Erstellung oder Verwendung von falschen Unterlagen

6) dazu berechtigt zu sein, den Teilnehmer zu binden;

7) sich in keiner Situation oder Lage zu befinden, aufgrund der gemäß den geltenden Gesetzesbestimmungen ein Vertragsabschluss mit der öffentlichen Verwaltung unzulässig wäre;

8) **(das zutreffende Feld ankreuzen)**

☐ auf keine individuellen Programme zur Wiedereingliederung von Unternehmen in die reguläre Wirtschaft gem. § 1 bis, Abs. 14, Gesetz vom 18. Oktober 2001, Nr. 383 zurückgegriffen hat

oder alternativ

☐ auf individuelle Programme zur Wiedereingliederung von Unternehmen in die reguläre Wirtschaft gem. § 1-bis, Abs. 14, Gesetz vom 18. Oktober 2001, Nr. 383 zurückgegriffen hat und bestätigt hat, dass diese abgeschlossen sind;

9) dass gegen ihn keine Maßnahmen gemäß Art. 14 des G.v.D. vom 9. April 2008, Nr. 81 eingeleitet wurden;

10) **(nur für Mitglieder von ständigen Konsortien)** in keinerlei anderen Form, auch nicht in einem anderen ständigen Konsortium, an der Ausschreibung teilzunehmen;

11) **(nur für Bietergemeinschaften oder gegründete bzw. zu gründende Unternehmenskonsortien)** nicht an mehr als einer Bietergemeinschaft bzw. einem Unternehmenskonsortium beteiligt zu sein bzw. im Fall einer Beteiligung als Mitglied einer Bietergemeinschaft oder eines Unternehmenskonsortiums nicht als Einzelunternehmen beteiligt zu sein.

12) auf jegliche Ersatzansprüche zu verzichten, welche in Zusammenhang mit der Festlegung des ggst. Bauwerks gem. des Dekrets des Ministerpräsidenten vom 1.10.2010 entstehen können sowie auf jegliche, auch zukünftige, Ansprüche in Zusammenhang mit einer etwaigen fehlenden oder verpäteten Finanzierung des Bauwerks;

13) **(gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. a)** sich in keinem Konkursverfahren, in keiner Zwangsliquidation und in keinem Vergleichsverfahren zu befinden und dass kein Verfahren für die Erklärung einer dieser Situationen anhängig ist;

14) **(gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. b)** dass ihm/ihr gegenüber kein Verfahren zur Anwendung einer präventiven Maßnahme gemäß Artikel 3 des Gesetzes Nr. 1423 vom 27. Dezember 1956 bzw. zur Anwendung eines der Hinderungsgründe gemäß Art. 10 des Gesetzes Nr. 575/65 anhängig ist;

15) **(gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. c)** betreffend den strafrechtlichen Status:
(das zutreffende Feld ankreuzen):

☐ dass ihm/ihr gegenüber keine rechtskräftigen Strafurteile bzw. unwiderruflich gewordene Strafbefehle bzw. Urteile auf Strafzumessung auf Antrag gemäß Artikel 444 ital. StPO erlassen wurden oder, sollten diese erlassen worden sein, die Straftat straffrei gestellt wurde oder eine Rehabilitierung erfolgt ist oder die Straftat nach der Verurteilung als erloschen erklärt oder die Verurteilung selbst widerrufen wurde;

oder alternativ

☐ dass ihm/ihr gegenüber folgende rechtskräftige Strafurteile oder unwiderruflich gewordene Strafbefehle oder Urteile auf Strafzumessung auf Antrag gemäß Artikel 444 ital. StPO erlassen wurden:

- Art der Maßnahme: _____
- Rechtsbestimmung, gegen die verstoßen wurde: _____
- Art der Straftat: _____
- Verhängte Strafe (die Strafe ist anzugeben, auch wenn die Vergünstigungen „Strafaussetzung“ und „Nichterwähnung“ gewährt wurden): _____
- Datum der Maßnahme: _____;
- Etwaige Maßnahme zur Löschung der Straftat: _____
- Art der Maßnahme: _____
- Rechtsbestimmung, gegen die verstoßen wurde: _____

- Art der Straftat: _____
- Verhängte Strafe (die Strafe ist anzugeben, auch wenn die Vergünstigungen „Strafaussetzung“ und „Nichterwähnung“ gewährt wurden): _____
- Datum der Maßnahme: _____;
- Etwaige Maßnahme zur Löschung der Straftat: _____

16) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. d), nicht gegen das Verbot der treuhänderischen Eintragung gemäß Artikel 17 des Gesetzes Nr. 55 vom 19. März 1990 verstoßen zu haben;

17) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. e) keine nachweislich festgestellten schwerwiegenden Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen und gegen jegliche sonstige Verpflichtungen im Bereich der Vorschriften der Arbeitsgesetzgebung, welche aus den Daten der Aufsichtsbehörde hervorgehen, begangen zu haben;

18) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. f) bei der Durchführung der von der BBT SE in Auftrag gegebenen Arbeiten nicht grob fahrlässig oder in bösem Glauben gehandelt zu haben;

19) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. f) keinen schweren Fehler bei der Ausübung der eigenen beruflichen Tätigkeit begangen zu haben;

20) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. g) keine nachweislich festgestellten schwerwiegenden Verstöße gegen die Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben, gemäß der italienischen Gesetzgebung bzw. der jenes Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, begangen zu haben;

21) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. h) dass keine Eintragung im digitalen Register vorliegt, die den Ausschluss von den Ausschreibungsverfahren aufgrund von Falscherklärungen und Vorlage von falschen Unterlagen betreffend die für die Teilnahme an den Ausschreibungs- und Vergabeverfahren für Subaufträge relevanten Anforderungen und Bedingungen mit sich bringt;

22) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. i) keine nachweislich festgestellten schwerwiegenden Verstöße gegen die Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungs- und Pensionsbeiträgen, gemäß der italienischen Gesetzgebung bzw. der jenes Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, begangen zu haben;

23) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. l) die Vorschriften des Rechtes der Behinderten auf Arbeit gemäß Gesetz Nr. 68 vom 12. März 1999 eingehalten zu haben;

24) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. m) dass keine Verbotsstrafe gemäß Art. 9 Absatz 2 lit. c) des G.v.D. Nr. 231 vom 8.6.2001 oder eine sonstige Strafe verhängt wurde, welche das Verbot mit sich bringt, mit der öffentlichen Verwaltung Verträge abzuschließen, einschließlich der Verbotsmaßnahme gemäß Art. 36-bis, Absatz 1 des Gesetzesdekrets Nr. 223 vom 4.7.2006, umgewandelt mit Abänderungen vom Gesetz Nr. 248 vom 4.8.2006;

25) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. m-bis) dass im digitalen Register keine Eintragung aufgrund von Falscherklärungen oder falschen Unterlagen zum Zweck der Ausstellung der SOA-Bescheinigung oder sonstiger Bescheinigungen und Nachweise vorliegt;

26) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. m-ter) erklärt er/sie, dass:
(das zutreffende Feld ankreuzen)

☐ er/sie nicht Opfer der von den Artikeln 317 und 629 StGB vorgesehenen und geahndeten Straftaten (Amtsmissbrauch und Erpressung), verschärft gemäß Artikel 7 des GD Nr. 152 vom 13. Mai 1991, umgewandelt, mit Abänderungen, vom Gesetz Nr. 203 vom 12. Juli 1991, gewesen ist;

oder alternativ

☐ er/sie Opfer der von den Artikeln 317 und 629 StGB vorgesehenen und geahndeten Straftaten (Amtsmissbrauch und Erpressung), verschärft gemäß Artikel 7 des GD Nr. 152 vom 13. Mai 1991, umgewandelt, mit Abänderungen, vom Gesetz Nr. 203 vom 12. Juli 1991, gewesen ist und die Tatbestände bei der Gerichtsbehörde angezeigt hat;

oder alternativ

☐ er/sie als Opfer der von den Artikeln 317 und 629 StGB vorgesehenen und geahndeten Straftaten (Amtsmissbrauch und Erpressung), verschärft gemäß Artikel 7 des GD Nr. 152 vom 13. Mai 1991,

umgewandelt, mit Abänderungen, vom Gesetz Nr. 203 vom 12. Juli 1991, die Tatbestände bei der Gerichtsbehörde nicht angezeigt hat, da ein Haftungsbefreiungsgrund gemäß Artikel 4, erster Absatz, des Gesetzes Nr. 689 vom 24. November 1981 festgestellt wurde.

27) (gemäß G.v.D. 163/06 Art. 38, Abs. 1, lit. m-quater) erklärt er/sie, dass:
(das zutreffende Feld ankreuzen)

☐ sich mit keinem Subjekt in einer Kontrollsituation im Sinne des Art. 2359 des ital. ZGB zu befinden, und das Angebot eigenständig erstellt zu haben;

oder alternativ

☐ über keine Teilnahme von Rechtssubjekten am gleichen Verfahren in Kenntnis zu sein, die sich mit ihm/ihr in einer der Kontrollsituationen im Sinne des Art. 2359 des ital. ZGB befinden, und das Angebot eigenständig erstellt zu haben;

oder alternativ

☐ über eine Teilnahme von folgenden Rechtssubjekten am gleichen Verfahren in Kenntnis zu sein, die sich mit ihm/ihr in einer der Kontrollsituationen im Sinne des Art. 2359 des ital. ZGB befinden, und das Angebot eigenständig erstellt zu haben:

28) (nur für dazu verpflichtete Unternehmen) zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge an folgenden Sozialversicherungsträger verpflichtet zu sein: _____,
dass die Daten betreffend die Eintragung beim obgenannten Sozialversicherungsträger folgende sind: _____ und dass er/sie die Sozialversicherungsbeiträge an den obgenannten Sozialversicherungsträger ordnungsgemäß entrichtet hat,

29) (wenn das Unternehmen über Angestellte verfügt) erklärt er/sie:

- folgende Daten, die für den Antrag zur Ausstellung der Bescheinigung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge (DURC) in Bezug auf die Angestellten erforderlich sind:

I	AN DER AUSSCHREIBUNG TEILNEHMENDES UNTERNEHMEN			
1	Steuernummer			
2	Bezeichnung / Gesellschaftszweck			
3	Rechtssitz	PLZ	Gemeinde	Prov.
		Straße/Platz		Nr.
4	Operativer Sitz	PLZ	Gemeinde	Pr.
		Straße/Platz		Nr.
5	Anschrift Schriftverkehr	<input type="checkbox"/> Rechtssitz	oder	<input type="checkbox"/> operativer Sitz
6	Art des Unternehmens	<input type="checkbox"/> Unternehmen	<input type="checkbox"/> Selbstständiger	
7	Angewandter Kollektivvertrag			
8	Gesamtzahl der Beschäftigten			
II	SOZIALVERSICHERUNGS TRÄGER			
1	INAIL – Firmennummer		INAIL – Versicherungskonten	
2	INPS – Betriebsmatrikelnummer		INPS – zuständige Stelle	
3	SONSTIGE angeben			

- bei Ablauf der Angebotsfrist die Sozialversicherungs- und Pensionsbeiträge für die Angestellten ordnungsgemäß an die obgenannten Stellen entrichtet zu haben;
- für die Angestellten sämtliche im Kollektivvertrag und den Zusatzvereinbarungen vorgesehenen Bestimmungen gesamthaft zur Anwendung zu bringen;

30) dass mit der Einreichung des Teilnahmeantrags sämtliche in den Ausschreibungsunterlagen enthaltenen Klauseln bedingungslos angenommen werden;

31) dass er/sie von allen Inhalten der zu erbringenden Leistungen und allen damit verbundenen allgemeinen und besonderen Bedingungen sowie den von den örtlichen Verhältnissen, welche sich sowohl auf die Durchführung der Arbeiten als auch auf die Erstellung des eigenen Angebotes ausgewirkt haben bzw. auswirken können, ohne Ausnahmen und Auslassungen Kenntnis genommen hat und auf dieser Grundlage die Angebotssumme für die Vergütung der Leistungen festgelegt hat.

32) dass sein/ihr Angebot **180 (hundertachtzig)** Kalendertage ab Ende der Angebotsfrist gültig und bindend bleibt;

ERKLÄRT WEITERS

33) bezugnehmend auf die **Anforderungen gemäß Art. 7 der Ausschreibung**, über folgende Zertifizierungen zu verfügen:

☐ Benannte Stelle gemäß Art. 28 der Richtlinie 2008/57/EG zu sein, die zu Leistungen im **transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystem, Teilsystem Infrastruktur** befähigt ist;

☐ Benannte Stelle gemäß Art. 28 der Richtlinie 2008/57/EG zu sein, die zu Leistungen im **transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystem, Teilsystem Energie**, befähigt ist;

☐ Benannte Stelle gemäß Art. 28 der Richtlinie 2008/57/EG zu sein, die zu Leistungen im **transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystem, Teilsystem Zugsteuerung, Zugsicherung und Signalgebung**, befähigt ist;

34) bezugnehmend auf die **Anforderung gemäß Art. 8.2 der Ausschreibung**, in den letzten fünf, das Datum der Veröffentlichung der Bekanntmachung vorausgehenden Geschäftsjahren einen "Gesamtumsatz" des Unternehmens exkl. MwSt. in Höhe von..... erzielt zu haben;

Mitteilung gemäß Artikel 13 G.v.D. Nr. 196 vom 30/06/2003 „Datenschutzkodex“

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden, sowohl mit als auch ohne Hilfe elektronischer Mittel zur Durchführung der institutionellen Tätigkeiten in Bezug auf das vorliegende Verfahren sowie auf eventuelle, daraus folgende Verwaltungs- und Rechtsverfahren bearbeitet (einschließlich jener, die vom Gesetz 241/90 über das Recht auf Zugang zu Verwaltungsunterlagen vorgesehen sind), um die diesbezügliche Sicherheit und Vertraulichkeit zu garantieren und jedenfalls unter Einhaltung der geltenden Bestimmungen. Die gemäß D.P.R. 445/2000 und D.P.R. 412/2000 gesammelten gerichtlichen Daten werden in Übereinstimmung mit dem G.v.D. Nr. 196/2003 verarbeitet. In Bezug auf die oben genannten Daten kann der/die Betroffene die von Art. 7 des genannten G.v.D. vorgesehenen Rechte ausüben. Inhaber der Datenverarbeitung ist die Galleria di Base del Brennero Brenner Basistunnel BBT SE. Der Verantwortliche ist der in der Ausschreibung angeführte Verfahrensverantwortliche.

DATUM

UNTERSCHRIFT

Hinweise:

- 1. Dem vorliegenden „Teilnahmeantrag und entsprechende Erklärungen“ ist, bei sonstigem Ausschluss, eine nicht beglaubigte Kopie des gültigen Personalausweises des Unterfertigten beizuschließen.**
- 2. Wird der vorliegende „Teilnahmeantrag und entsprechende Erklärungen“ von einer bereits gebildeten zeitweiligen Bietergemeinschaft unterfertigt, sind der Gründungsvertrag und die Sondervollmacht mit Vertretungsbefugnis im Original (beglaubigte Privaturkunde) oder in beglaubigter Kopie entsprechend den Vorgaben des D.P.R. Nr. 445/2000 idgF beizuschließen;**
- 3. Wird der vorliegende „Teilnahmeantrag und entsprechende Erklärungen“ von einem Prokuristen unterfertigt, ist die Vollmacht im Original oder in beglaubigter Kopie beizuschließen.**